

Erklärung der ersten Vollversammlung der
„Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus
- aktiv für Demokratie und Menschenrechte“
(BAGKR)

Offener Brief an Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfamilienministerin Schröder „Misstrauenserklärung“ streichen – Kirche muss zur Gestaltung einer lebendigen Demokratie beitragen

An
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundesfamilienministerin
Dr. Kristina Schröder

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,
Sehr geehrte Frau Dr. Schröder,

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) ist der Überzeugung, dass Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit mit dem christlichen Bekenntnis nicht vereinbar sind. Unser Bekenntnis verbietet jede Form von biologisch oder ideologisch konstruierter Ungleichheit von Menschen oder Gruppen.

Die BAGKR ist davon überzeugt, dass Kirche zur Gestaltung einer lebendigen Demokratie und zur Einhaltung der Menschenrechte beitragen muss. Kirche lebt und verkündigt die Verheißung von Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit.¹

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder verlangt von den Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus das Unterschreiben einer so genannten „Demokratieerklärung“, wenn sie eine Förderung aus dem BMFSFJ erhalten wollen. Diese Erklärung stellt die Projekte und Initiativen, die Tag für Tag Demokratie und Menschenrechte verteidigen – insbesondere auch dort, wo dies niemand anderes tut – unter Generalverdacht und zwingt sie, ihren Partnern und allen anderen Engagierten mit Misstrauen zu begegnen.

Dieses Druckmittel einer mittels materiellen Zwängen eingeforderten Unterschrift zur „Demokratieerklärung“ widerspricht zutiefst unserem Verständnis von Demokratie und gefährdet eine für unsere Gesellschaft unverzichtbare Arbeit. Gleiches gilt für die Aufforderung des Bundesfamilienministeriums an die Träger, Verfassungsschutzämter und deren Berichte zur Grundlage zu machen für die Bewertung von Partnern als „extremistisch“. Als staatliche Organe können das Bundesamt für Verfassungsschutz und die 16

¹ Aus dem Profil der BAGKR vom 29.1.2011

Landesämter kein Maßstab sein für die Bewertung des Handelns zivilgesellschaftlicher Akteure.

Die BAGKR ist davon überzeugt, dass Demokratie von einer aktiven Zivilgesellschaft lebt. Die Achtung vor der Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus und für Menschenrechte und Demokratie engagiert, ist untrennbar verbunden mit dem Respekt vor der politischen Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Akteure.

Wir fordern Sie daher auf, die undemokratische „Demokratieerklärung“ ersatzlos aus den Förderbescheiden des Programms „Toleranz fördern – Demokratie stärken“ zu streichen.

Frankfurt/Main, 29.1.2011

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus – aktiv für Demokratie und Menschenrechte

Gründungsmitglieder sind u.a.:

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

AG Rechtsextremismus der Evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland (EKM)

Arbeitsgruppe Demokratie der Ev. Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern

Ev.-Luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenberg, Beauftragter „Kirche gegen Rechtsextremismus“

Mechthild Gunkel, Pfarrerin für Friedensarbeit im Zentrum Ökumene der Ev. Kirchen in Hessen-Nassau

Arbeitskreis „Rechtsaußen – und mitten unter uns“, Evangelische Brüder-Unität

Evangelische Jugend in Hessen-Nassau

Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen

Klaus Burckhardt, Leiter des Arbeitsfeldes Friedensarbeit in der ev.-luth. Landeskirche Hannover

Kulturbüro Sachsen e.V.

Ev. Versöhnungskirche in der KZ Gedenkstätte Dachau

Ev. Akademie Mecklenburg Vorpommern

Offene Kirche in Württemberg

Pax Christi

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.